

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Europa konkret gestalten – Grenzregionen handlungsfähig machen, Sicherheit gewährleisten und Chancen der Großregion endlich nutzen

Der Landtag wolle beschließen:

Das Saarland ist in besonderer Weise europäisch geprägt. Seine Lage an der Grenze zu Frankreich und Luxemburg, seine enge Einbindung in die Großregion und seine wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Verflechtungen mit den Nachbarn machen Europa für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes unmittelbar erfahrbar.

Europa ist für das Saarland kein abstraktes politisches Projekt. Ein gelebtes Europa zeigt sich im Alltag: beim Pendeln über Grenzen hinweg, bei der Zusammenarbeit von Unternehmen und Hochschulen, in der Gesundheitsversorgung, bei Polizei, Rettungsdiensten und Katastrophenschutz, im Austausch von Schulen und Vereinen sowie bei grenzüberschreitenden Infrastruktur- und Verkehrsfragen. Gerade deshalb muss Europapolitik aus Sicht des Saarlandes praktisch, bürgernah und ergebnisorientiert sein.

Das Saarland bekennt sich zu einem starken, freien und friedlichen Europa. Gerade in einer Zeit geopolitischer Unsicherheit, wachsender internationaler Konkurrenz, hybrider Bedrohungen, des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und zunehmender wirtschaftlicher Herausforderungen braucht Europa Handlungsfähigkeit, Zusammenhalt und klare Prioritäten. Zugleich gilt: Europa wird nicht stärker durch Zentralismus, sondern durch das Zusammenwirken handlungsfähiger Mitgliedstaaten, starker Regionen und bürgernaher Entscheidungen.

Für eine Grenzregion wie das Saarland sind offene Binnengrenzen im Schengenraum von herausragender Bedeutung. Sie ermöglichen wirtschaftliche Verflechtung, berufliche Mobilität, persönliche Begegnung und ein selbstverständliches Zusammenleben insbesondere in unserer Großregion. Zugleich zeigen die aktuellen Herausforderungen, dass Freizügigkeit und Sicherheit zusammengehören. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in den Grenzregionen muss gewährleistet und zugleich die europäische Freizügigkeit gemäß des Schengener Abkommens bewahrt werden. Dazu sind intelligente, flexible und technologiegestützte Lösungen bei der Steuerung und Begrenzung der illegalen Migration dauerhaften stationären Kontrollen an den Binnengrenzen vorzuziehen. Ein wirksamer Schutz der EU-Außengrenzen bildet die Grundlage für die Freizügigkeit im Schengen-Raum. Wenn der EU-Außengrenzschutz gewährleistet ist und das Gemeinsame Europäische Asylsystem wirksam umgesetzt wird, kann Europa dauerhaft auf Binnengrenzkontrollen verzichten. Diesen Zustand gilt es so schnell wie möglich anzustreben.

Gerade daran zeigt sich: Europa muss in zentralen Fragen handlungsfähiger werden, ohne die besonderen Interessen der Regionen aus dem Blick zu verlieren. Das gilt nicht nur für Sicherheit und Migration, sondern auch für die künftige Ausrichtung europäischer Förder- und Strukturpolitik.

Auch die laufenden Verhandlungen über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union für die Jahre 2028 bis 2034 sind für das Saarland von erheblicher Bedeutung. Als Industrie-, Grenz- und Transformationsland ist das Saarland auf eine verlässliche, regional verankerte und wirksame europäische Struktur- und Kohäsionspolitik angewiesen. Europäische Fördermittel müssen dort ankommen, wo sie gebraucht werden: bei Infrastruktur, Energieversorgung, Innovation, Mittelstand, Industrie, Kommunen, Forschung und grenzüberschreitender Zusammenarbeit.

Eine stärkere Zentralisierung europäischer Förderentscheidungen auf nationaler Ebene wäre aus Sicht des Saarlandes der falsche Weg. Regionen und Länder kennen die konkreten Herausforderungen vor Ort besser als zentrale Verwaltungsstrukturen. Das Subsidiaritätsprinzip muss deshalb auch bei der künftigen Ausgestaltung der europäischen Strukturpolitik handlungsleitend bleiben. Förderpolitik darf nicht komplizierter, zentralistischer und praxisferner werden. Sie muss schneller, einfacher und wirksamer werden.

Gerade für das Saarland geht es dabei um konkrete Zukunftsfragen: den industriellen Strukturwandel, bezahlbare und sichere Energieversorgung, Wasserstoffinfrastruktur, Transformation der Automobilzulieferindustrie, Fachkräftesicherung, kommunale Infrastruktur, grenzüberschreitende Mobilität und die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands. Die Landesregierung ist gefordert, europäische Mittel strategischer, schneller und mit klar messbaren Zielen für das Saarland nutzbar zu machen. Bisher fehlt es zu oft an erkennbarer Priorisierung, verbindlichen Zeitplänen und transparenter Erfolgskontrolle.

Der Landtag bekennt sich zu einer starken, demokratischen und handlungsfähigen Europäischen Union. Reformen der Europäischen Union müssen ihre demokratische Legitimation stärken, ihre Handlungsfähigkeit verbessern und zugleich das Subsidiaritätsprinzip, die Rechte der Mitgliedstaaten und Regionen, nationale Kernkompetenzen sowie bewährte demokratische Strukturen wahren. Eine Weiterentwicklung des europäischen Wahlrechts kann hierzu beitragen, sofern Bürgernähe, demokratische Repräsentation und die Rolle der Mitgliedstaaten nicht geschwächt werden. Ein Übergang zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen kommt insbesondere in ausgewählten Fragen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in Betracht, damit die EU schneller und geschlossener handeln kann.

In Grenzregionen zeigt sich besonders deutlich, ob europäische Zusammenarbeit tatsächlich funktioniert. Für die Menschen im Saarland zählt nicht die Zahl der Strategiepapiere, sondern ob konkrete Verbesserungen erreicht werden: bei Mobilität, Sicherheit, Gesundheitsversorgung, Arbeitsmarkt, Bildung, Wirtschaft und Verwaltung.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden, Polizei, Justiz, Feuerwehren, Katastrophenschutz- und Rettungsdienste funktioniert in vielen Bereichen bereits und wurde in den vergangenen Jahren weiter ausgebaut. Gerade deshalb muss sie dort, wo praktische, organisatorische oder rechtliche Hürden bestehen, weiter verbindlich, alltagstauglich und krisenfest verbessert werden. Dazu gehören klare Ansprechpartner, gemeinsame Übungen, verlässliche Einsatzabläufe und ein schneller Informationsaustausch.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Frankreich und Luxemburg muss im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sowie der wirtschaftlichen Entwicklung der Großregion konsequent weiterentwickelt werden. Ein wichtiges Infrastrukturprojekt in diesem Zusammenhang und eine zentrale Chance, um das Leben in der Grenzregion zu verbessern, ist eine schnelle und direkte Bahnanbindung des Saarlandes nach Luxemburg. Diese würde entscheidend dazu beitragen, den Lebensraum und den Arbeitsmarkt in der Großregion enger zu verzahnen und somit auch den Strukturwandel im Saarland aktiv unterstützen. Die Landesregierung schöpft diese Potenziale jedoch viel zu wenig aus. Der Landtag des Saarlandes nimmt die Umsetzung von Frankreichstrategie und Luxemburg-Plan zur Kenntnis und sieht besondere Potenziale in den Bereichen Infrastruktur, Gesundheitsversorgung, Sicherheit, Katastrophenschutz, IT-Sicherheit, Industrie und Energie sowie Daseinsvorsorge und Umgang mit dem demografischen Wandel.

Mit der Frankophonie- und Frankreichstrategie, dem Europaleitbild und dem Luxemburg-Plan liegen politische Bezugspunkte für die europäische und grenzüberschreitende Ausrichtung des Saarlandes vor. Diese Strategien dürfen jedoch nicht bei wohlklingenden Überschriften stehen bleiben. Die Landesregierung schöpft die Potenziale der Großregion bislang nicht ausreichend aus. Es fehlt an sichtbaren Fortschritten, verbindlichen Zeitplänen, messbaren Zielen und einer regelmäßigen transparenten Berichterstattung gegenüber dem

Landtag.

Besondere Potenziale bestehen in den Bereichen Infrastruktur, Mobilität, Gesundheitsversorgung, Sicherheit, Katastrophenschutz, IT-Sicherheit, Industrie, Energie, Fachkräftegewinnung, Daseinsvorsorge und dem Umgang mit dem demografischen Wandel. Diese Potenziale müssen stärker in konkrete Projekte überführt werden, die für Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Unternehmen und Beschäftigte spürbaren Mehrwert schaffen.

Auch die Partnerschaften des Saarlandes mit anderen europäischen Regionen sind von Bedeutung. Dies gilt insbesondere für die Zusammenarbeit mit der polnischen Woiwodschaft Podkarpackie und der ukrainischen Oblast Lwiw sowie für die trilateralen Beziehungen im sogenannten kleinen Weimarer Dreieck mit der französischen Region Grand Est. Gerade die Partnerschaft mit Lwiw steht auch für die Verantwortung Europas gegenüber der Ukraine, die weiterhin politisch, wirtschaftlich und humanitär unterstützt werden muss.

Darüber hinaus bestehen über die Mitgliedschaft des Saarlandes in der Organisation Internationale de la Francophonie Beziehungen zu französischsprachigen Partnern außerhalb Europas, darunter Kamerun, Benin, Togo und Québec. Internationale Vernetzung kann für ein kleines Land wie das Saarland Chancen eröffnen. Sie darf jedoch kein Selbstzweck sein. Die Landesregierung muss nachvollziehbar darlegen, welchen konkreten Nutzen diese Aktivitäten für Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft, Fachkräftegewinnung und internationale Sichtbarkeit des Saarlandes haben.

Europa vor Ort bedeutet für das Saarland nicht mehr Ankündigungen, sondern bessere Ergebnisse. Starke Regionen brauchen politische Gestaltungsspielräume, funktionierende Infrastruktur, Sicherheit, wettbewerbsfähige Unternehmen, verlässliche Partnerschaften und eine Landesregierung, die europäische Chancen konsequent nutzt.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- sich im Bund und in der EU für starke Regionen, eine regional verankerte Kohäsionspolitik, die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips und den Erhalt regionaler Gestaltungsspielräume einzusetzen;
- sich für Reformen einzusetzen, die die Europäische Union demokratischer, handlungsfähiger und bürgernäher machen, ohne das Subsidiaritätsprinzip, die Mitwirkungsrechte der Mitgliedstaaten und Regionen sowie bewährte demokratische Strukturen auszuhöhlen;
- einen Übergang zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen insbesondere in ausgewählten Fragen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik nur dann zu unterstützen, wenn dadurch die internationale Handlungsfähigkeit der Europäischen Union gestärkt wird;
- die Umsetzung des Europeitbildes, der Frankophonie- und Frankreichstrategie und des Luxemburg-Plans endlich mit konkreten, überprüfbaren Zielen, messbaren Fortschrittsindikatoren, verbindlichen Zeitplänen

- und regelmäßiger Berichterstattung gegenüber dem Landtag zu unterlegen;
- die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Frankreich und Luxemburg nicht nur strategisch zu beschreiben, sondern praktisch spürbar weiterzuentwickeln;
 - die Potenziale der Großregion für den Strukturwandel stärker in den Blick zu nehmen und die grenzüberschreitende Infrastrukturkooperation voranzubringen, insbesondere durch eine schnelle und direkte Bahnanbindung des Saarlandes nach Luxemburg;
 - erfolgreiche grenzüberschreitende Projekte und Kooperationen in den Bereichen Sicherheit, Katastrophenschutz, IT-Sicherheit, Industrie, Energie, Gesundheitsversorgung und Daseinsvorsorge strategisch weiterzuentwickeln;
 - die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden, Polizei, Justiz, Katastrophenschutz- und Rettungsdienste weiter zu stärken und bestehende Hindernisse bei Informationsaustausch, Einsatzkoordination und gemeinsamer Gefahrenabwehr weiter abzubauen;
 - die Task Force Grenzgänger weiterhin zu unterstützen, bestehende grenzüberschreitende Hemmnisse abzubauen und Informationen für Grenzgängerinnen und Grenzgänger praxistauglich, verständlich und leicht zugänglich bereitzustellen;
 - sich auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene für einen spürbaren Abbau europäischer Bürokratie, praxistaugliche Förderverfahren und eine stärkere Berücksichtigung der Belange von Mittelstand, Handwerk und Industrie in Grenzregionen einzusetzen;
 - die Zusammenarbeit mit den Partnerregionen Podkarpackie und Lwiw weiterzuentwickeln und neue Potenziale der Zusammenarbeit insbesondere bei Wiederaufbau, kommunaler Kooperation, Bildung, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu erschließen;
 - das Saarland als europäische Modellregion und als Brücke zum französischsprachigen Raum weiterzuentwickeln, die Aktivitäten im Bereich der Frankophonie strategisch zu bündeln und ihren konkreten Nutzen für Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft, Fachkräftegewinnung und internationale Partnerschaften regelmäßig gegenüber dem Landtag darzustellen;
 - dem Landtag jährlich einen Fortschrittsbericht zur Umsetzung der Frankreichstrategie+, des Luxemburg-Plans, des Europaleitbildes sowie zentraler grenzüberschreitender Infrastruktur-, Sicherheits- und Kooperationsprojekte vorzulegen.

Der Landtag fordert die Bundesregierung auf,

- Reformen zu unterstützen, die die Europäische Union demokratischer, handlungsfähiger und bürgernäher machen, sofern dabei das Subsidiaritätsprinzip, die Rechte der Mitgliedstaaten, nationale Kernkompetenzen und parlamentarische Haushaltsrechte gewahrt bleiben;

- auf einen wirksamen Schutz der europäischen Außengrenzen, eine konsequente Begrenzung irregulärer Migration und eine effektive Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems hinzuwirken;
- die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in den Grenzregionen zu gewährleisten und zugleich die Freizügigkeit gemäß des Schengener Abkommens zu bewahren. Dazu sind intelligente, flexible und technologiegestützte Lösungen bei der Steuerung und Begrenzung der Migration dauerhaften stationären Kontrollen an den Übergängen vorzuziehen. Ein wirksamer Schutz der EU-Außengrenzen bildet die Grundlage für die Freizügigkeit im Schengen-Raum. Wenn der EU-Außengrenzschutz gewährleistet ist und das Gemeinsame Europäische Asylsystem effektiv umgesetzt wird, kann Europa dauerhaft auf Binnengrenzkontrollen verzichten;
- die deutsch-französische Zusammenarbeit sowie die Zusammenarbeit im Weimarer Dreieck für eine gemeinsame europäische Industrie-, Energie- und Transformationspolitik zu nutzen, die Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit, Technologieoffenheit, Wettbewerbsfähigkeit und den Erhalt industrieller Wertschöpfung in den Mittelpunkt stellt;
- sich auf EU-Ebene für eine starke, regional verankerte und zugleich haushaltspolitisch verantwortbare Kohäsionspolitik einzusetzen, die regionale Gestaltungsspielräume erhält, Grenzregionen stärkt, Bürokratie abbaut und die Wirksamkeit eingesetzter Fördermittel nachvollziehbar macht;
- sich für eine Vereinfachung europäischer Förderverfahren einzusetzen, damit Kommunen, Mittelstand, Handwerk, Forschungseinrichtungen und Projektträger europäische Programme leichter und schneller nutzen können;
- den Rechtsrahmen für grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiterzuentwickeln und bestehende rechtliche, administrative und praktische Hemmnisse abzubauen;
- die Ukraine weiterhin politisch, wirtschaftlich und humanitär zu unterstützen sowie regionale Partnerschaften mit der Ukraine zu fördern.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.